



Presseinformation

Nr. 376 / 2013

Kiel, Donnerstag, 20. August 2013

Verkehr / Infrastrukturfinanzierung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Die Grünen stellen die Parteiräson über die Interessen des Landes

Zu Pressemeldungen über die Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden der Grünen zum Weiterbau der A 20 und dem Angebot von „VINCI“, die A 20 gemeinsam mit dem Bund fertigzustellen, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich bin erschüttert über die Äußerungen der grünen Fraktionsvorsitzenden, die einen Weiterbau der A 20 jenseits der A 7 kategorisch ausschließt, solange die Grünen Teil dieser Landesregierung sind. Ich frage mich, warum die Grünen dann überhaupt Planungsmittel für den Weiterbau der A 20 westlich der A 7 mittragen. Frau von Kalben bereitet mit dieser Ankündigung ganz offensichtlich bereits den Ausstieg der Grünen aus dieser Koalition spätestens im Jahr 2017 vor.

Ihre Aussage, das Land möge zwar planen, könne aber – solange die Grünen am Tisch sitzen – definitiv nicht bauen, ist kompletter Wahnsinn! Damit stellen die Grünen die Parteiräson über die Interessen des Landes. Für die Menschen an der Westküste und in der Region Unterelbe ist diese Haltung eine absolute Zumutung.

Um die Interessen des Landes und der eigenen Partei in Einklang zu bringen, sollten die Grünen schnellstmöglich aus dieser Koalition ausscheiden. Damit wäre allen Beteiligten am meisten geholfen. Ministerpräsident Albig und seine SPD müssen sich überlegen, wie lange sie dieses Treiben ihres Koalitionspartners noch beschönigen wollen.

Das Angebot des französischen Konzerns VINCI, die A 20 gemeinsam mit dem Bund innerhalb von fünf Jahren fertigzustellen, sollte von Bundes- und Landesregierung offen geprüft werden. Der Wirtschaftsminister ist aufgefordert, seine Informationen über dieses An-

gebot und seine Haltung dazu schnellstmöglich dem Wirtschaftsausschuss des Landtages zu erläutern.

Ich möchte jedoch auch noch einmal unterstreichen, dass die FDP-Fraktion ein ÖPP-Modell im Bereich der Verkehrsinfrastruktur immer nur als die zweitbeste Lösung ansieht. Der Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt eine Kernaufgabe des Staates. Grundsätzlich ist die Finanzierung durch die öffentliche Hand meistens sinnvoller und am Ende auch fast immer günstiger. ÖPP-Modelle können also nur punktuell als Ergänzung sinnvoll sein. An der Erhöhung der Investitionsmittel für den Infrastrukturbereich führt kein Weg vorbei. Die FDP möchte Subventionen abbauen und dafür die Investitionen erhöhen.“